



Oliver Römer

GLOBALE VERGESELLSCHAFTUNG

Perspektiven einer postnationalen Soziologie



campus

Globale Vergesellschaftung

Oliver Römer ist Lehrbeauftragter für die Fächer Soziologie und Philosophie am Fachbereich für Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Julius-Maximilian-Universität Würzburg.

Oliver Römer

Globale Vergesellschaftung

Perspektiven einer postnationalen Soziologie

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Zugl.: Dissertation, Marburg, Philipps-Universität Marburg, 2013

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-50069-0

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2014 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

Inhalt

1. Gesellschaft, Gesellschaftsformation, Gesellschaften – Eine Einleitung.....	9
<i>Das Problem des methodologischen Nationalismus und die (mindestens) doppelte Gründungssituation der Soziologie 9 – Reflexive Doppelungen der Gesellschaftstheorie 23 – Die gesellschaftliche Form des modernen Nationalstaats 29 – ›Handlung‹ und ›System‹ – Idee und Aufbau des Buches 40</i>	
2. »Ein Machtmittel allerersten Ranges«: Max Webers Verstehende Soziologie als politische Wissenschaft.....	47
<i>Soziologische Erkenntnis als rationales Ordnen von Handlungen 51 – Politische Soziologie als Herrschaftssoziologie 56 – Parlamentarismus, massenstaatliche Organisation und imperialer Machtstaat 64 – Der methodologische Nationalismus im Denken Max Webers 69</i>	
3. Die Struktur des allgemeinen Handlungssystems: Talcott Parsons' folgenreiche Weber-Interpretation.....	75
4. Perspektive Weltgesellschaft: John W. Meyer, Niklas Luhmann und Rudolf Stichweh	89
<i>Die neo-institutionalistische Version 89 – Die Theorie autopoietischer Systeme 93</i>	
5. Regionalismus und Staatenzerfall: Michael Manns neo-weberianische Machtsoziologie.....	105
<i>Grundzüge einer Theorie der Strukturierung 105 – Eine soziologische Theorie des Nationalstaates 109 – Der historische Siegeszug des Nationalstaates 115</i>	

6.	»Nicht Staat und nicht Gesellschaft«: Europa als Problem der Gesellschaftstheorie – Eine Zwischenbetrachtung.....	119
7.	Die normative Ausgestaltung der Weltgesellschaft: Jürgen Habermas' europäisches Verfassungsprojekt	127
	<i>Gesellschaftstheorie zwischen hermeneutischer Rekonstruktion und funktionaler Analyse 127 – Die Institutionalisierung der kommunikativen Vernunft über die interne Verbindung von Recht und Demokratie 134 – Die Verfassung Europas 140 – Demokratische Öffentlichkeiten jenseits des Nationalstaates 148</i>	
8.	Europa im globalen Zeitalter: Anthony Giddens' Diagnose einer posttraditionalen Gesellschaft	155
	<i>Die Dialektik von Individualisierung und Globalisierung 155 – Politik des dritten Weges 160 – Neue transnationale Bündnisysteme 167 – Zum Verhältnis von politischer Intervention, soziologischer Theorie und Zeitdiagnostik 172</i>	
9.	Divergierende Zeitdiagnosen: Anthony Giddens und Jürgen Habermas – Ein Zwischenfazit	185
10.	Eine Theorie transnationaler Staatlichkeit: Ulrich Becks kosmopolitische Soziologie	195
	<i>Die Erfahrung der (Welt-)Riskiogesellschaft 195 – Subpolitik 203 – Zwischen Nähe und Ferne oder: Was heißt kosmopolitischer Realismus? 219 – Die Kosmopolitisierung des modernen Staates 227 – Das kosmopolitische Europa 242 – Empire Europa 252</i>	
11.	Zwischen Theorie und Zeitdiagnostik: Perspektiven einer postnationalen Soziologie – Eine Schlussbemerkung	269
	Literatur.....	283
	Dank	313

»Was wir heute Gesellschaft nennen, ist ein Familienkollektiv, das sich ökonomisch als eine gigantische Über-Familie versteht und dessen politische Organisationsform die Nation bildet.«

(Hannah Arendt [1958] 2007: 39)

»[W]ho is society? There is no such thing! There are individual men and women and there are families.«

(Margaret Thatcher 1987: 27 f.)

»Globalisierung bedeutet also, daß es eine Tendenz zur globalen Vergesellschaftung gibt. Diese Weltgesellschaft ist sozial extrem gespalten, es ist also eine Weltklassengesellschaft – und zwar nicht nur objektiv, sondern sie bestimmt die Dynamik der Migrationsprozesse, die ›Festungsmentalitäten‹ und –politiken in den reichen Zentren, die kulturelle und geistige Polarisierung.«

(Frank Deppe 1991: 410)

1. Gesellschaft, Gesellschaftsformation, Gesellschaften – Eine Einleitung

Das Problem des methodologischen Nationalismus und die (mindestens) doppelte Gründungssituation der Soziologie

Gegenstand dieses Buches ist die seit den frühen 1990er Jahren entbrannte sozialwissenschaftliche Globalisierungsdiskussion. Mit dem zeitlichen Abstand von rund zwei Jahrzehnten ist die aufgeregte Neuartigkeit dieser auch außerhalb der soziologischen Fachöffentlichkeit wahrgenommenen Auseinandersetzung spürbar verflogen. Was jenseits einer modischen Zeitdiagnostik und bisweilen exotisch-kreativen Begriffsbildungen bleibt, ist ein Kern von sozialtheoretischen Fragen, die auch über die unmittelbare Tagesaktualität des zeitgenössischen Globalisierungsphänomens hinaus die Soziologie berühren. Insbesondere der schon in der Gründungsphase der modernen Soziologie stets virulente Begriff der *Gesellschaft* wird hier unter neuen historischen Vorzeichen wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt und die theoretischen und disziplinären Grundlagen der Soziologie erneut in Frage gestellt (vgl. u.a. Giddens 1996: 22 ff.; Luhmann 1998: 145 ff.). Wohl kaum ein neueres sozialwissenschaftliches Schlagwort hat diese grundsätzliche konzeptionelle Betroffenheit der Soziologie von der Globalisierungsdiskussion so pointiert auf den Punkt gebracht wie die in der jüngeren Vergangenheit mit großer Aufmerksamkeit bedachte Diagnose eines *methodologischen Nationalismus* in den Sozialwissenschaften:

»Der Aufstieg der Soziologie fiel mit dem Aufstieg des Nationalstaates, des Systems internationaler Politik und des Nationalismus zusammen. Allein aus dieser historischen Eingebundenheit ergibt sich die Axiomatik des »methodologischen Nationalismus«, nach der Nation, Staat, Gesellschaft die »natürlichen« sozialen und politischen Formen der modernen Welt sind.« (Beck 2005: 3)

Bezogen auf das zeitgenössische Globalisierungsphänomen bedeutet dies, dass eine Soziologie, die unter diesen Bedingungen gegründet und institutionalisiert worden ist, blind für gesellschaftliche Konstellationen bleiben

muss, in denen eine permanente Überschreitung, Verletzung und Unterwanderung sozialer, politischer und kultureller Grenzen längst ein derart alltägliches Phänomen geworden ist, dass es sogar plausibel erscheint, diese spezifische gesellschaftliche Erfahrung zur Signatur eines »globalen Zeitalters« (Albrow 1998) zu erheben (vgl. auch Pries 2007; Schroer 2006: 185 ff.).

Dieser historische Generalverdacht gegen die soziologische Tradition ist nicht ohne Widerspruch geblieben. Unabhängig von allen berechtigten Versuchen einer erneuten historisch differenzierten »Klassikerexegese« unter Globalisierungsbedingungen¹ besteht allerdings die eigentliche Schwierigkeit einer unter dieser Prämisse geführten Diskussion darin, dass dieser irgendwie einleuchtende Vorwurf an die soziologische Tradition in der konkreten Auseinandersetzung mit bestimmten soziologischen Positionen nur schwer adressierbar bleibt:

»The paradox of the current debate on methodological nationalism is that no one admits being committed to it, and yet its presence is allegedly found in every corner of the contemporary social scientific landscape.« (Chernilo 2011: 100)

Dies hat sicherlich auch damit zu tun, dass auch in klassischen soziologischen Positionen und Denkweisen die Fixierung auf den modernen Nationalstaat keineswegs unmittelbar evident ist. Wie Ulrich Beck, der diese These in den letzten zehn Jahren in immer wieder neuen Anläufen in die soziologische Diskussion eingebracht hat, selbst bemerkt, soll es sich hier um eine spezifische Axiomatik, also eine unausgesprochene begriffliche Vorannahme handeln, die gewissermaßen im Rücken von bereits mindestens implizit theoriegeleiteten Begriffsbestimmungen und Hypothesenbildungen der Sozialwissenschaften liegt. Genau dies verlangt nun allerdings eine tiefere systematische Auseinandersetzung mit der hier zur Disposition stehenden soziologischen Tradition. Eine erste wichtige Spur ist die Beobachtung, dass sich gerade klassische soziologische Positionen im Bereich ihrer theoretischen und begrifflichen Grundlegungen noch am ehesten durch eine geradezu frappierende Abwesenheit des Nationalstaatsbegriffs auszeichnen:

»[I]f we look at the writings of classical sociologists from about 1800 to 1920 (and even many sociologists thereafter), we find little explicit attention paid to problems

¹ Eine Analyse klassischer soziologischer Positionen im Hinblick auf die Frage nach dem Problem des methodologischen Nationalismus findet sich u.a. bei Chernilo (2007) und Turner (2006).

of nationality and nationalism, as if the subject did not merit special, or separate, investigation; and concomitantly little interest in defining, a separate set of questions and definitions in this area.« (Smith 1983: 19 f.)

So beginnt beispielsweise Ferdinand Tönnies (2005: 1) sein ab der zweiten Auflage mit dem Titelzusatz *Grundbegriffe der reinen Soziologie* versehenes frühes Hauptwerk *Gemeinschaft und Gesellschaft* mit einer thematischen Fokussierung auf »Verhältnisse der gegenseitigen Bejahung«, die empirisch sichtbar werden in den mannigfaltigen gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen von Menschen zueinander. Zumindest im erweiterten Sinne an die Tönniesschen Unterscheidungen anschließend bestimmt schließlich Max Weber (1980) den Gegenstandsbereich der Soziologie ausgehend vom Problem des sozialen Handelns, Georg Simmel (1908) als allgemeine Form der sozialen Wechselwirkung zwischen vergesellschafteten Individuen und Emile Durkheim (1976) mit Bezug auf die Tatsache der sozialen Gebundenheit des Individuums. Das Problem des modernen Nationalstaates taucht bei all diesen Autoren – wenn überhaupt – erst im weiteren Verlauf der Darstellung auf.

An dieser Stelle könnte man sich nun also vielleicht schon mit dem Hinweis beruhigen, dass schon die Gründerväter der modernen Soziologie dem modernen Nationalstaat trotz seines zu dieser Zeit unmittelbar spürbaren historischen Aufstiegs keine eindeutige Priorität einräumen. So betrachtet wäre in diesen Argumentationen genügend Kontingenzspielraum für eine beispielsweise von Durkheim und Marcel Mauss (2013) unter dem Oberbegriff *Zivilisation* zumindest abstrakt avisierte »postnationale« Form von Vergesellschaftung. Geht man dieses Problem allerdings zunächst einmal historisch an, kann man bemerken, dass bereits die Idee einer solchen Gründungsgeschichte der Soziologie mit allen systematischen Problemen des methodologischen Nationalismus konfrontiert bleibt. Sie geht mindestens implizit von einem relativ homogenen, zeitlich abgrenzbaren »Gründungsmilieu« aus, das auch in der weiteren fachwissenschaftlichen Entwicklung der Soziologie und ihrer Differenzierung in unterschiedliche Schul- und Wissenschaftstraditionen dem für Nationen kennzeichnenden »Familienzusammenhang« sehr stark ähnelt.²

2 Nicht umsonst beziehen sich historische Untersuchungen zur institutionellen Gründung der Soziologie unter anderem auf den Begriff der »Gelehrten-gesellschaft« (vgl. Käsler 1984, Karger 1978). Diese Beschreibung mag für Institutionen wie die Deutsche Gesellschaft für Soziologie in bestimmten Phasen angemessen gewesen sein. Ob sich aus einer solchen durchaus zutreffenden Beobachtung Schlüsse für die Gründung einer ganzen

Dass es nur schwer möglich ist, die Gründung der Soziologie auf einen solchen einheitlichen (europäischen) Erfahrungsraum zu begrenzen, verdeutlicht die ebenfalls um die Jahrhundertwende beginnende amerikanische Entwicklung, die gerade im Hinblick auf das eingangs aufgeworfene Problem des methodologischen Nationalismus als ein spezifischer Gegenentwurf zur europäischen Tradition begriffen werden kann. So bleibt in Europa und vor allem in Deutschland die Soziologie zunächst vorwiegend damit beschäftigt, sich als eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin unter den bis zum Zweiten Weltkrieg dominierenden Staatswissenschaften zu etablieren. Nie ganz klar wird, ob sie dabei in der Tradition der französischen Revolution und der an sie anschließenden sozialistischen Bewegungen steht oder gerade als eine konservative Reaktion auf diese Ereignisse begriffen werden muss (vgl. Maus 1956: 9 ff.). Politisch steht die europäische Soziologie so von Beginn an zwischen einem »staatstragenden« Interesse an der erneuten Integration von nationalen Gemeinwesen, die ihre Souveränität fortan auf die Formel *Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit* gründen, und den Interessen der angesichts der kapitalistischen Entwicklung pauperierten und eben aus diesen Gemeinwesen herausgefallenen sozialen Klassen – ein Antagonismus, der sich in der Tat auf die Frage nach der Differenz zwischen national beschränkten Staatsbürger- und universal gültigen Menschenrechten zuspitzen lässt (vgl. hierzu Balibar 1993; Bloch 1961).

Dass diese Konstellation auch systematische Konsequenzen für die Entwicklung der europäischen Soziologie haben würde, bemerkt im Grunde schon der von den institutionellen Gründungsversuchen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts völlig unbeeinflusste Staatswissenschaftler Lorenz von Stein (1921: 46):

Disziplin ableiten lassen, darf bezweifelt werden. Soziologiegeschichtlich ist hier vielmehr ein heterogenes Bündel von kognitiven, sozialen und diskursgeschichtlichen Aspekten zu berücksichtigen (vgl. Peter 2001). Explizit zum Thema macht Anthony Giddens (1995a: 5) das Gründungsproblem der Soziologie, wenn er mit Bezug auf Talcott Parsons' Datierung des historischen Beginns der Soziologie zwischen 1890 und 1920 bemerkt: »I would suggest that all intellectual disciplines have their commonly recognized founders, but only in some are the works of those founders widely thought as ›classics‹. All disciplines have their founders because they are part of their myths of origin. There are no more natural divisions between disciplines than there are between countries on the map. Every recognized intellectual discipline has gone through a process of self-legitimation not unlike that involved in the founding of nations.«

»Da nun aber der Gegensatz von Staat und Gesellschaft das Leben der menschlichen Gemeinschaft ist, so sind diese Gesetze, einmal gefunden, die Gesetze des Lebens der menschlichen Gemeinschaft überhaupt. Sie werden, die Vergangenheit umfassend, auch die Zukunft beherrschen. Sie sind die Notwendigkeit in der Freiheit des gemeinsamen menschlichen Lebens; sie sind die ewige Grundform, nach denen die Menschheit ihre Bewegungen gestalten muß.«

Ebenfalls affiziert von dieser Dialektik von Staat und Gesellschaft bleibt das Denken von Karl Marx. Zwar rechnet Marx (1958: 382) bereits in seiner Frühschrift *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* mit einer an das Hegelsche System anschließenden philosophischen Kritik ab und begründet die Rückständigkeit dieser Tradition nicht zuletzt mit ihrer »Deuschtümelei«:

»Das Verhältnis der Industrie, überhaupt der Welt des Reichtums, zu der politischen Welt ist ein Hauptproblem der modernen Zeit. Unter welcher Form fängt dies Problem an, die Deutschen zu beschäftigen? Unter der Form der *Schutzzölle*, des *Prohibitivsystems*, der *Nationalökonomie*. [...] Während das Problem in Frankreich und England lautet: *Politische Ökonomie* oder *Herrschaft der Sozietät über den Reichtum*, lautet es in Deutschland: *Nationalökonomie* oder *Herrschaft des Privateigentums über die Nationalität*.«

Zugleich zeigt die hier vorgenommene Entgegensetzung von *Sozietät* (bzw. gesellschaftlichem Eigentum) und *Privateigentum* eine Schwierigkeit an, die sich wie ein roter Faden durch das Werk von Marx zieht. Insbesondere der in den Frühschriften von Marx (1990: 510 ff.) entwickelte Begriff der *Entfremdung* dient als ein Richtungsanzeiger für eine einseitige Entäußerung von in autonomen Produktionsgemeinschaften hergestellten Gebrauchswerten unter den Bedingungen kapitalistischer Akkumulation. Dies führt zu dem bemerkenswerten Umstand, dass der Begriff des Gemeinwesens, den Marx in seinen späteren Arbeiten erarbeitet (vgl. Marx 1969: 35 f.), mit Formen der *gemeinschaftlichen* Arbeitsteilung konnotiert bleibt, während der *gesellschaftliche* Austausch zwischen diesen Gemeinwesen selbst nicht mehr die Form eines Gemeinwesens anzunehmen scheint (vgl. Ruben 2006: 21 ff.).³

In den Texten der frühen europäischen Soziologen und ihrer Vorläufer reflektiert sich so unverkennbar die historische Erfahrung der wechsel-

3 Daraus folgt nicht zuletzt die Schwierigkeit, dass eine adäquate Theorie des kapitalistischen Staates – also eines Gemeinwesens, das auf einer strukturellen Dominanz der gesellschaftlichen Arbeitsteilung beruht – zwar mit den theoretischen Mitteln der Marxschen Analyse durchaus formuliert werden kann, aber aus seinen eigenen Ausführungen aber eben nicht unmittelbar abgeleitet werden kann (vgl. Poulantzas 1974: 18).

haften Geschichte der bürgerlichen Revolutionen. Obwohl Begriffe wie Staat und Nation in den frühen disziplinären Begründungen der Soziologie abwesend sind, bleiben diese Versuche selbst dort, wo sie sich gegenüber äußeren politischen Eingriffen zu immunisieren scheinen,⁴ eingebunden in eine historische Konjunktur gesellschaftlicher Kämpfe, für die die Entgegensetzung von Staat und Gesellschaft, nationalistischen und internationalistischen politischen Orientierungen eine leitende Funktion übernimmt.⁵

Demgegenüber steht nun eine in Europa selbst lange Zeit nur wenig beachtete Tradition des soziologischen Denkens in den Vereinigten Staaten, die gerade diese historischen Erfahrungen nicht teilt und damit auch die Frage nach der Begründung für eine Wissenschaft von der Gesellschaft auch entsprechend anders stellt. Sucht man einen vergleichbaren historischen Referenzpunkt für dieses soziologische Denken, scheint es keineswegs abwegig, auf die in ihren historischen Konsequenzen anders verlaufene amerikanische Revolution hinzuweisen. Diesen Unterschied bestimmt

4 Ein gutes Beispiel hierfür ist die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in ihrer expliziten Abgrenzung zum Verein für Sozialpolitik. Darin kann ein Versuch gesehen werden, die deutsche Soziologie in der Zeit des Kaiserreichs aus dem »Handgemenge« (Marx) sozialer Interessenkämpfe herauszuhalten (vgl. Rammstedt 1991).

5 Die »falsche« Alternative von nationalistischen und internationalistischen Orientierungen ist bereits Gegenstand von Hannah Arendts (2007: insb. 47 ff.) Kritik der Soziologie. Ob die Soziologie ihren Gesellschaftsbegriff nun auf die in einem Staat versammelte ethnische Nation oder die menschliche Gattung als solche bezieht, ist im Grunde gleichgültig. In beiden Fällen erscheint Gesellschaft als eine in sich homogene Größe, in der das »Faktum der menschlichen Pluralität« verschwindet. Systematisch hat dies zur Folge, dass es sich bei den Begriffen Staat, Nation und Gesellschaft in der Tat um scheinbar beliebig austauschbare Termini handelt (vgl. auch Deppe 2008: 79 ff.). Genau dieses Problem sieht unter anderem schon Durkheim (1976: 165), wenn er einerseits die Geschichtsschreibung seiner Zeit dafür kritisiert, dass sie Gesellschaften nur als »verschiedene untereinander nicht vergleichbare Individualitäten« darstelle, andererseits zugleich die philosophische Idee der menschlichen Gattung als einen für die soziologische Analyse ungeeigneten Ansatz diskutiert. Der Arendtsche Gedanke der Pluralität äußert sich so bei Durkheim in der Vorstellung, »daß die Gesellschaften aus miteinander verbundenen Teilen bestehen« (ebd.: 169) und somit die *Art* dieser Verbindung von Kollektiven in den Mittelpunkt der sozialen Morphologie gerückt werden müsste. Auch wenn es möglicherweise nur bedingt richtig ist, dass in Deutschland »Durkheim stets im Schatten von Karl Marx und Max Weber« (Müller 2000: 150) gestanden hat, scheint dieser bisher zu wenig beachtete Teil des Durkheimschen Werkes, der insbesondere Eingang in die Sozialgeschichtsschreibung der Annales-Schule gefunden hat (vgl. u.a. Febvre 1994), es nur wenig anschlussfähig für den Verdacht eines methodologischen Nationalismus zu machen. Einen weiteren Beleg hierfür liefert Durkheims (1981: 100) Soziologisierung des republikanischen Verfassungsprojekts von Montequieu, das in einer expliziten Differenz zur Hobbesschen »Staatsverfassung« diskutiert wird.

Hannah Arendt (1986: 176) dahingehend, dass »die große Frage, was nun eigentlich der Endzweck des Staates ist: Freiheit oder Wohlstand« in der amerikanischen Revolution »nie endgültig entschieden worden« ist. Diese merkwürdige Unentschiedenheit, die für Arendt Bedingung einer Verstetigung des im Verlaufe der französischen Revolution verlorengegangenen politischen Gründungsmoment wird,⁶ findet ihre historische Entsprechung in einer Gesellschaft, für die »eine unablässige Suche nach Gemeinschaft« (Dahrendorf 1963: 89) zum konstituierenden Moment wird.⁷

Soziologisch lässt sich die für die europäische Gründungssituation bestimmende Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft so nicht mehr auf die Differenz von (national-)staatlichem Gemeinwesen und Gesellschaft beziehen, da staatliche Organe und gesellschaftliche Bedürfnisse von vornherein an eine über öffentliche Meinungsbildung vermittelte Austauschbeziehung gebunden werden:

»Seit der amerikanischen Revolution hat sich allmählich eine Technik zur Kontrolle der Regierung durch das Volk herausgebildet, und heute braucht sich kein aufgeklärtes Volk, außer wenn es mit roher Gewalt unterdrückt wird, eine unverantwortliche Gewalt lange gefallen zu lassen. Eine geschriebene Verfassung bestimmt die politischen Organe und umgrenzt ihren Wirkungskreis. Erbliche Exekutivgewalten werden entweder abgeschafft oder zu bloßen Deklarationen.« (Ross 1926: 535)

6 Es ist üblich geworden, die Unterscheidung von amerikanischer und französischer Revolution auf die Alternative zwischen liberalerer politischer und sozialer Revolution zuzuspitzen (vgl. u.a. Habermas 1981: 225). Wie das bereits kurze Zitat anzeigt, verfolgt Hannah Arendt, auf die genau diese Differenzierung zurückzugehen scheint, noch einmal eine andere Lesart, die die Spezifik der amerikanischen Situation an der Unentschiedenheit politischer und sozialer Fragen festmacht – im Gegensatz zur bereits entschiedenen Frage der politischen Rahmung der französischen Revolution, die in der Frage des Nationalstaates kumuliert (vgl. auch Marchart 2005).

7 In einem späteren Aufsatz zum zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Revolution beschäftigt sich Arendt (1999a) auch mit den Schattenseiten der an Folgen des Vietnam-Krieges leidenden amerikanischen Politik. Es wird deutlich, dass die Hoffnung auf die Verstetigung der politischen Gründungssituation der USA in Form von republikanischen Institutionen und rätendemokratischen Organisationsformen in den faktischen demokratischen Institutionen der Vereinigten Staaten im Grunde keinen Platz mehr hat. Als historisches Ereignis, das das Ende der republikanischen Gründung und damit den Beginn eines nationalstaatlichen Gemeinwesens ankündigt, ist neben dem Ende der Erschließung des Westens und damit der territorialen Schließung der Vereinigten Staaten auch der Beginn der staatsinterventionistischen New Deal-Politik der Roosevelt-Ära zu nennen, gegen die bspw. engagierte liberale Intellektuelle Walter Lippmann in den 1920er und 30er Jahren anschreiben (vgl. Deppe 2003: 430 ff.).